

Haushaltsrede der Grünen Fraktion zum Haushaltsentwurf 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nowitzki, wertende Mitglieder der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Vertreter der Presse.

Der diesjährige Haushalt steht unter dem Zeichen einer angespannten Wirtschafts- und Finanzlage. Die Ursachen sind nicht nur auf die Corona-Jahre zurückzuführen, den Ukraine-Konflikt, die damit verbundene Sanktionspolitik gegenüber Russland, oder die US-Zollpolitik. Nein, sie sind auch auf Bundesebene hausgemacht.

Immer mehr Aufgaben werden den Kommunen übertragen ohne das Konnexitätsprinzip zu beachten, also finanziell zu unterfüttern. Nahezu alle Städte und Gemeinden werden in ihren Haushalten dieses Jahr mehr Ausgaben als Einnahmen zu verzeichnen haben. Viele streichen jetzt schon massiv ihre freiwilligen Leistungen, schließen Bäder, Büchereien, reduzieren Förderungen im ehrenamtlichen Bereich. Glücklicherweise ist Oberderdingen hier besser aufgestellt und muss keine solche Giftliste umsetzen. Trotzdem erwirtschaften wir nicht die erforderlichen Mittel, um im Ergebnishaushalt eine ausgeglichene Bilanz vorweisen zu können. So bleibt dieses Jahr ein Minus von 1,9 Mio. Euro. Hier müssen Land und Bund reagieren, um diese finanziellen Defizite auszugleichen oder der vom Bund angestrebte Konjunkturaufschwung muss schnell und deutlich Fahrt aufnehmen. Jedoch bietet der Wirtschaftsstandort Deutschland durch eine überbordende Bürokratie, durch hohe Energiekosten, um nur einige Punkte zu nennen, keinen großen Investitionsanreiz, so dass wir froh sein können, wenn wir die Insolvenzen eindämmen können. Deshalb muss sich strukturell einiges ändern. Schauen wir uns nur die Baugenehmigungen an, die bei uns sehr personalintensiv sind - kurzum die kommunalen Behörden müssen deutlich entlastet werden, um effizient arbeiten zu können, um dadurch auch laufende Kosten zu minimieren.

LUKiFG-Mittel sind eine Stütze für die vor uns liegenden Investitionen. 7,6 Mio. an Zuwendung des Landes stehen uns für Investitionen zur Verfügung. Das hört sich im ersten Moment viel an, betrachtet man den Zeitraum -dieses Geld ist für die nächsten 12 Jahre gedacht- und wenn man bedenkt, dass die Kostenschätzung für die dringend benötigte Zweifeld-Halle bei ca. 8 Mio. Euro liegt, relativiert sich die vermeintlich große Zahl schnell.

Dabei hat Baden-Württemberg von den 13,1 Milliarden aus dem Sondervermögen des Bundes, 2/3 an die Kommunen weitergegeben. Wir sind gegenüber anderen Bundesländern somit in einer vorteilhaften Situation. Die Landesregierung hat die kritische Situation der Kommunen erkannt und entsprechend reagiert. Trotz der angespannten Finanzsituation möchten wir positiv hervorheben, dass unsere Kommune den Bedarfen der einzelnen Kindertageseinrichtungen weitgehend nachkommt.

Unsere Kinder sind die Oberderdinger/-innen von morgen. Die Kommune bietet u.a. mit der Spielscheune, dem Jugendtreff einen Raum für Kinder. Wir können froh über diese Einrichtungen sein. Sie sind keine Selbstverständlichkeit und mit ihrem täglichen Angebot verzeichnen wir ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Diese Angebote unterstreichen die Attraktivität unserer Stadt für Unternehmen und unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Eine nachhaltige, innovative Lösung für die Kinderbetreuung in Flehingen haben wir mit der Bimmelbahn gefunden, indem wir eine nicht genutzte Güterhalle in einen Kindergarten umgebaut haben. Weiter geht es in Flehingen mit der Planung rund um das Schlossgartenareal. Die Flehinger warten schon lange auf die Aufwertung und Neugestaltung des Gebiets. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an der Ausgestaltung weiter zu arbeiten.

Wir loben ausdrücklich, dass die Stadt Grundstücke und Gebäude im Innenbereich zur Schaffung von neuem Wohnraum erwirbt. Einen genauso sorgsamen Umgang wünschen wir uns mit den Flächen im Industrie- und Gewerbegebiet. Der Anteil der Betriebe, die in der Gemeinde eine Gewerbesteuer zahlen, muss durch eine gezielte Ansiedlung von zukunftsfähigen Unternehmen gefördert werden. Zudem ist darauf zu achten, wie viele Jobs ein Unternehmen mit sich bringt. Der Flächenverbrauch muss auch in Relation zu den Steuereinnahmen und zur Qualität der Arbeitsstellen -sozialversicherungspflichtig vs. Minijobs- stehen. Nur so entsteht eine Win-Win-Situation für die Umwelt, die Landwirtschaft, den kommunalen Haushalt und damit für unsere Bürgerinnen und Bürger.

In diesem Jahr starten wir nicht singulär, sondern im Verbund mit Kürnbach, Sulzfeld und Zaisenhausen mit den Untersuchungen für ein Starkregenmanagement. Kooperationen wie diese fördern die Effizienz und die beste Lösungsfindung. Bei dieser Maßnahme im speziellen ist es uns wichtig, nicht nur darauf zu schauen, was die Kommune tun kann, um gegenüber künftigen Regenmassen gewappnet zu sein. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um auch der Bevölkerung präventive Möglichkeiten aufzuzeigen, wie zum Beispiel eine Dachbegrünung, Entsiegelungsmaßnahmen rund ums Haus oder der Bau von Zisternen. Neben dem finanziellen Vorteil jedes Einzelnen durch geringere Abwassergebühren, profitiert auch die Allgemeinheit durch die Entlastung des Abwassersystems. Hier weiter zu denken, zahlt sich für alle aus.

Unsere Stadt bleibt nicht stehen. Wenn wir uns vergleichend in der Region umsehen, stellen wir fest, dass unsere Stadtverwaltung sich nicht nur dafür einsetzt, dass sich unser Haushalt auch in diesen schwierigen Zeiten noch sehen lassen kann. Wir planen, investieren und modernisieren. So bleibt Oberderdingen attraktiv und zukunftsfähig - trotz angespannter Haushaltslage, wichtig ist jedoch, dass wir im Investitionshaushalt keine Nettoneuverschuldung haben.

Angesichts der Tatsache, dass unser Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen ist, sollten wir in Erwägung ziehen eine Grundsteuer C (für unbebaute Grundstücke in der Stadt) einzuführen. Damit könnten wir neben den Vorteilen für den Haushalt, die Innenentwicklung weiter vorantreiben und der Landwirtschaft die grüne Wiese überlassen.

Lassen wir uns bei einzelnen Investitionsentscheidungen, die auf uns zukommen dennoch nicht von kurzfristigen vermeintlich günstigeren Lösungen verleiten. Als Beispiel möchten wir die auf Öl basierten Dämmstoffe anführen, die zwar deutlich günstiger sind als Pflanzenfasern, jedoch Sondermüll für kommende Generationen sein werden. Wir plädieren daher für nachhaltige, langfristig günstigere Lösungen.

Für die Politik kommt es darauf an, die Grenzen des Möglichen sichtbar und anschaulich zu machen und nicht der Versuchung zu erliegen, die Grenzen des Möglichen als nicht vorhanden zu bezeichnen.“ Diese Empfehlung Manfred Rommels teilen wir und stimmen dem Haushalt zu. Wir danken Herrn Motzer und seinem Team für die Erstellung des Haushaltsentwurfs.